

WB02



WESTFALEN-BLATT



Spendenstand: 87.572 Euro

Die WESTFALEN-BLATT-Weihnachtsspendenaktion unterstützt in diesem Jahr den Caritasverband für das Erzbistum Paderborn. Finanziert werden Projekte in Ostwestfalen-Lippe, die Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht oder betroffen sind, helfen.

Wenn Sie helfen möchten, nutzen Sie bitte dieses Spendenkonto:



Caritasverband für das Erzbistum Paderborn e.V.
DE 54 4726 0307 0000 0043 00
Bank für Kirche und Caritas
Stichwort „Leserspende“

Für eine Spendenquittung tragen Sie bitte ihre Adresse unter Verwendungszweck mit ein.
Bei Fragen helfen wir Ihnen unter 0 52 51 / 896 120.



In Bielefeld hat sich eine Elterninitiative mit einem Fahrradkorso durch die Innenstadt für die Einrichtung von Schulstraßen eingesetzt. Foto: Peter Bollig

Vor einem Jahr schuf die Landesregierung mit einem Erlass die Möglichkeit

32 Schulstraßen sollen in NRW Unfälle an Schulen verhindern

DÜSSELDORF (WB/dpa). Insgesamt 32 Schulstraßen für einen sicheren Schulweg gibt es mittlerweile in Nordrhein-Westfalen. „Das ist ein guter Start, der hoffentlich viele Nachahmer in den kommenden Jahren findet“, sagt Verkehrsminister Oliver Krischer in Düsseldorf.

„Kinder sind im Straßenverkehr die schwächsten Teilnehmer und müssen besonders geschützt werden. Schulstraßen sind ein guter Weg, brennliche Situationen zwischen dem Fahrzeugverkehr und den Schülerinnen und Schülern zu vermeiden“, sagt der Verkehrsminister, der Unfälle durch temporäre Straßensperrungen verhindern möchte.

Die Zunahme an Schulstraßen basiert auf einem Erlass des Verkehrsministeriums NRW von Januar 2024, der seit nunmehr einem Jahr Städten und Straßenverkehrsbehörden die Einrichtung solcher Straßen ermöglicht. Durch die temporären Straßensperrungen sollen gefährliche Situationen durch sogenannte Elterntaxis oder einen starken Durchgangsverkehr verhindert werden. Kinder sollen so sicherer zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen.

Nach Angaben des Innenministeriums von NRW gab es allein im Jahr 2023 insgesamt 468 Schulwegunfälle.



Verkehrsminister Oliver Krischer hat die Schulstraßen in NRW vor einem Jahr per Erlass ermöglicht. Foto: Simon Beckmann

Das sind Verkehrsunfälle, bei denen mindestens eine Schülerin oder ein Schüler im Alter von sechs bis 14 Jahren zwischen 6 und 18 Uhr „auf dem direkten Weg von der Wohnung zum Ort regelmäßiger schulischer Veranstaltungen und zurück“ beteiligt waren. In 40 dieser Fälle gab es mindestens eine schwer verletzte Person, ein Unfall endete sogar tödlich.

Wohl auch deshalb wurden allein im vergangenen Jahr 26 neue Schulstraßen in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Diese befinden sich unter Aufsicht der fünf Bezirksregierungen in folgenden Städten: Bad Lippspringe, Herford (2), Schlangen, Frön-

berg, Hamm, Arnsberg Dortmund (3), Jüchen (2), Kaarst, Xanten (2), Mönchengladbach, Bad Honnef (2), Rheinbach, Gronau, Haltern am See (3), Rheine (2) und Ostbevern.

In diesen Städten beginnen die Sperrzeiten an den betreffenden Schulen zwischen 7. und 8.30 Uhr, hinzu kommt häufig eine weitere Sperrzeit am Mittag oder Nachmittag. Außerdem gibt es vier weitere Schulstraßen in Köln, sowie jeweils eine in Essen und Gladbeck, die auf dortige städtischen Initiativen hin entwickelt worden sind, wie das Verkehrsministerium mitteilt.

Die vier Kölner Schulstra-

ßen seien nach der positiv verlaufenen Testphase bereits dauerhaft eingeführt worden, teilte die Stadt Köln mit. Es seien mit die ersten bundesweit gewesen. „Die Auswertung des Pilotprojekts hat gezeigt, dass Schulstraßen ein äußerst wertvolles Instrument sind, um die Verkehrssicherheit für die Schüler zu steigern und die selbstständige Mobilität der Kinder zu fördern“, teilte die Stadt mit. Daher wolle man den Weg weitergehen.

Die Schulstraßen wurden laut der Stadt von den beteiligten Schulen, Eltern und Kindern überwiegend positiv bewertet. Insbesondere das Sicherheitsgefühl vor den Schulen habe sich deutlich verbessert. „Ein hohes Verkehrsaufkommen vor den Schulen veranlasst immer mehr Eltern dazu, ihre Kinder mit dem Auto zu bringen. Mit der Einführung der Schulstraßen konnten wir den Hol- und Bringverkehr sowie den Durchgangsverkehr erheblich reduzieren und eine sicherere Alternative zum „Elterntaxi“ schaffen“, sagt Marco Walther, Lehrer an der Kölner Vincenz-Statz-Grundschule.

Inzwischen wurden laut der Stadt Köln Schulstraßen für 40 weitere Standorte beantragt. Für jede sei allerdings eine Einzelfallprüfung notwendig.

Neues Hospiz eröffnet

BIELEFELD (WB/hu). Die von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel haben in Bielefeld ihr neues stationäres Hospiz Haus Zuversicht eröffnet. Der Neubau, in den Bethel sieben Millionen Euro investiert hat, bietet Platz für 16 sterbens- kranke Menschen. Das zweigeschossige Haus ist komplett barrierefrei – auch für Menschen, die auf ein Pflegebett angewiesen sind. Auch sie können ohne Hindernisse im Sommer in den Garten am Rande des Teutoburger Walds. Bethel ist bundesweit größter evangelischer Anbieter von Hospizplätzen. Im Sommer wird die neunte Einrichtung eröffnet, dann bieten die Stiftungen einschließlich des Kinder- und Jugendhospiz' in Bielefeld 108 Plätze an mehreren Standorten.

Lkw verliert Container

HERFORD (WB). In Herford hat ein Lkw-Fahrer einen zehn Tonnen schweren Container verloren und das nach eigener Aussage nicht bemerkt. Der Mann hatte am Bahnhof die Durchfahrtschleife der Bahnunterführung von 3,70 Meter nicht beachtet. Laut Polizei war der Container vom Anhänger geschoben worden und auf der Straße gelandet. Der Fahrer will den Verlust erst beim Kunden bemerkt haben. Daraufhin kehrte er zur Unterführung zurück. Zuerst befürchtete die Bahn größeren Schaden an der Brücke und stoppte den Verkehr auf der Strecke von Bielefeld nach Hannover. Nach einer Überprüfung aber führen die Züge auf der Hauptbahnlinie aber seit Mittag wieder.

Bombenalarm bei Arvato

HARSEWINKEL (WB). Per Brief ist am Montag bei der Bertelsmann-Tochter Arvato in Harsewinkel eine Bombendrohung eingegangen. Die Werksfeuerwehr löste Brandalarm aus, so dass sich die etwa 550 Beschäftigten nach draußen begaben. Polizisten sperrten das Areal ab und forderten Sprengstoffspürhunde an, mit denen die Gebäude abgesucht wurden. Gegen den noch unbekanntem Absender wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Arvato ist ein Dienstleister. Unter anderem führt er Callcenter und übernimmt alle Dienstleistungen, die nach dem Verkauf von Produkten Dritter an Endverbraucher anfallen können. Dazu zählen zum Beispiel die Garantieabwicklung und die Reparatur defekter Geräte.

Kopf des Tages

Hans-Jürgen Wessels aus Altenbeken, Vorsitzender des Fördervereins Nationalpark Senne-Eggegebirge, hat einen offenen Brief an den Vorsteher des Landesverbandes Lippe, Jörg Düning Gast, geschrieben. Wie berichtet, sollen auf dem Kamm des Teutoburger Walds 33 Windräder gebaut werden, 24 davon vom Landesverband Lippe. Wessels bittet die am Mittwoch tagende Verbandsversammlung, ihr Vorhaben zurückzunehmen. „Mit dem Regionalplan Wind, der wohl noch im ersten Halbjahr in Kraft tritt, werden in OWL 13.888 Hektar ausgewiesen,

auf denen Windräder gebaut werden können. Damit übererfüllt Ostwestfalen-Lippe die Ausbauziele für Windkraft und braucht keine weiteren Standorte – schon gar nicht im Teutoburger Wald.“ In NRW seien laut Landesumweltamt 44 Prozent aller untersuchten Tier-, Pilz- und Pflanzenarten bedroht. Da seien die Senne, der Teutoburger Wald und die Egge als großflächige Ökosysteme besonders wertvoll. Hier lebten Rotmilan, Schwarzstorch, Schwarzspecht, Wildkatze und Rotwild, aber auch Wanderfalken, Habichte und Bussarde, darunter zahlreich Wespenbussarde. Ostwestfalen-Lippe habe ohnehin im Vergleich zu Land und Bund nur unterdurchschnittlich viel Wald. Hans-Jürgen Wessels: „Ich will nicht glauben, dass der Landesverband Lippe diesen Schaden an der Natur im Interesse des eigenen Profits und ohne klimapolitische Notwendigkeit billigend in Kauf nimmt.“ Der Landesverband ist nach eigenen Angaben auf das Geld aus der Stromerzeugung angewiesen.



Hans-Jürgen Wessels Foto: privat

Reingeklickt

Spaßmacher mit Tiefgang: Der Rheinländer Wolfgang Bosbach (72) war Sonntag in Halle und unterhielt seine



Zuhörer – trotz ernst Themen. Den Bericht finden Sie auf der Startseite, die auch per QR-Code erreichbar ist.

Folgen Sie uns auf

Investoren wollen sich Flächen in NRW sichern, auf denen künftig keine Windräder erlaubt sein werden

Windkraft: 1 500 „Wildwuchs-Anträge“

HÖXTER/PADERBORN (WB/dpa). Die schwarz-grüne Landesregierung will einen Wildwuchs beim boomenden Windkraftausbau in Nordrhein-Westfalen verhindern, solange die künftigen Vorranggebiete für Windräder nicht rechtskräftig ausgewiesen sind. Inzwischen liegen landesweit 1 500 Anträge für Standorte außerhalb der künftig vorgesehenen Windenergie-Zonen vor. Ein großer Teil davon liegt laut einer Übersicht des NRW-Wirtschaftsministeriums in den Kreisen Höxter, Paderborn, Lippe und Arnsberg sowie im Münsterland. Bei einer ungesteuerten Entwicklung wird

ein Akzeptanzverlust für Windkraft in der Bevölkerung befürchtet. „Unser Ziel als Landesregierung ist eine geordnete und rechtssichere Steuerung der Windenergie“, sagt Landwirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne). „Deshalb setzen wir uns für eine pragmatische Lösung auf Bundesebene ein.“

Die schwarz-grüne Landesregierung hofft noch vor der Bundestagswahl auf die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes im Bundestag. Unklar ist aber, ob der Bundestag das von der Unionsbundestagsfraktion eingebrachte Gesetz noch vor

der Wahl am 23. Februar verabschiedet wird – und ob die Minderheitsregierung von SPD und Grünen nach dem Aus der Ampel dabei mitzieht. Eine „zügige und pragmatische Umsetzung der vorgeschlagenen Regelungen auf Bundesebene“ wäre nach Worten Neubaus „sehr wünschenswert“.

Möglich wäre zwar auch eine landesrechtliche Regelung. Die gilt aber als schwierig, seit das Oberverwaltungsgericht in Münster dem Land zweimal in Eilverfahren rechtswidriges Verhalten bei einer Übergangsregelung vorgeworfen hat. Dabei ging es um eine neue Vorschrift im

Landesplanungsgesetz, wonach Genehmigungsverfahren für ein Jahr ausgesetzt werden dürfen, falls das Windrad nicht in einem Bereich liegt, in dem laut Regionalplanentwurf Anlagen bevorzugt zugelassen werden sollen.

Laut Bundesgesetz müssen in NRW bis 2032 mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie ausgewiesen sein. Dafür werden gerade sechs Regionalpläne überarbeitet – für die Regionen OWL, Arnsberg, Köln, Münster, Düsseldorf sowie im Verbandsgebiet des Regionalverbands Ruhr (RVR). Die Regionalpläne sind noch nicht

rechtskräftig, sie sollen dieses Jahr fertiggestellt werden – in OWL möglicherweise im März. In diese Übergangszeit stoßen jetzt Windkraftunternehmer, die Flächen erschließen wollen, in denen Windräder künftig nicht erlaubt sein werden, etwa auf dem Teuto.

In keinem anderen Bundesland sind im vergangenen Jahr so viele Windräder in Betrieb genommen worden wie in NRW. Demnach haben 2024 landesweit 154 Windenergieanlagen den Betrieb aufgenommen. Schwarz-Grün in NRW will bis 2027 die Voraussetzungen für den Bau von 1000 neuen Windenergieanlagen schaffen.



In NRW liegen 1500 Windradanträge für Gebiete vor, in denen demnächst keine Windräder mehr erlaubt sein sollen. Foto: dpa/Jan Woitas